16.05

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als erster Redner in diesem Haus nach dem Wahlgang gratuliere ich der Rechnungshofpräsidentin *(Abg. **Auer:** Ganz neue Töne!),* Frau Dr. Kraker, zu ihrer Wahl.

Ich habe ihr nicht meine Stimme gegeben, aber wir alle werden ihr sinnvollerweise einen Vertrauensvorschuss geben. Klubobmann Lopatka hat zu Recht darauf verwiesen, dass Kandidaten oder Kandidatinnen, die am Anfang nicht unser Vertrauen haben, sich dieses Vertrauen im Laufe der Zeit durchaus erarbeiten können.

Das erwarte ich, aber ich erwarte mir noch etwas Zweites, und damit komme ich zum Thema dieser Besprechung unserer Anfrage und der Anfragebeantwortung: Ich erwarte mir einen anderen Umgang mit dem Parlament und mit dem Nationalrat. Das, was rund um die Wahl der Rechnungshofpräsidentin geschehen ist, war eine Schande für dieses Haus: zuerst den Menschen versprechen, dass es ein offenes Hearing gibt *(Ruf bei der ÖVP: Ist eh geschehen!),* dass die beste und qualifizierteste Person gewählt werden soll, und dann von Klubobmann Lopatka dieses Hinterhofspiel an verschrobenen parteipolitischen Taktiken über dieses Haus ergehen zu lassen ...

Präsidentin Doris Bures: Herr Abgeordneter Dr. Pilz, Sie haben eine Kurzdebatte zu einem anderen Thema eingebracht. Ich würde Sie ersuchen, zur Sache zu kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abgeordneter Dr. Peter Pilz *(fortsetzend):* Frau Präsidentin, Sie werden gleich sehen, ich bin mitten im Thema, und es geht auch bei der Besprechung der Anfragebeantwortung um genau diesen Punkt: Wie gehen Regierungsparteien und Regierungsmitglieder mit diesem Haus um?

Und so, wie Klubobmann Lopatka ein Wort nach dem anderen gebrochen hat – ich hoffe, dass die Freiheitliche Partei irgendwann einmal etwas daraus lernt –, so müssen wir als Abgeordnete uns fragen, wie wir mit der Art und Weise, wie Regierungsmitglieder unsere Anfragen beantworten beziehungsweise überhaupt nicht beantworten, umgehen.

Jetzt komme ich zur Anfrage: Anfang April haben wir aus gutem Grund alle Regierungsmitglieder gefragt: Wie hoch sind die Aufträge, die Sie an die Werbeagentur Mediaselect zwecks Schaltung von Inseraten vergeben haben? – Ich werde Ihnen dann noch erklären, warum wir gute Gründe hatten, das zu fragen.

Der Verteidigungsminister hat geantwortet und hat gesagt: In den letzten zehn Jahren waren es 3,3 Millionen €. Der Bundeskanzler hat geantwortet, da war die Summe etwas, aber nicht bedeutend niedriger. Der Finanzminister hat geantwortet und genaue Zahlen genannt. Der Landwirtschaftsminister hat geantwortet und genaue Zahlen genannt. Ein einziges Regierungsmitglied hat gesagt: Ich nenne keine Zahlen – und hat in seiner Anfragebeantwortung auf ein anderes, früheres Regierungsmitglied verwiesen. *(Abg. **Kogler:** Das geht ja sowieso nicht!)*

Herr Bundesminister Sobotka, Sie haben uns am 11. Mai dieses Jahres schriftlich erklärt: Sie verweisen auf die Anfragebeantwortung Ihrer Vorgängerin, der Bundesministerin Mikl-Leitner, zu genau diesem Thema. Dann haben wir uns gedacht: Okay, dann schauen wir einfach nach und werden es dort finden.

Frau Mikl-Leitner hat diese Frage folgendermaßen beantwortet: Sie hat sich schlicht und einfach geweigert, diese Zahl zu nennen. *(Abg. **Pirklhuber:** Ungeheuerlich!)* Was ist das für eine Art und Weise, mit diesem Haus umzugehen? *(Abg. **Pirklhuber:** Richtig!)* – Anstatt uns wie die anderen Regierungsmitglieder die Zahlen zu nennen, so wie es Ihre gesetzliche Pflicht ist, verweisen Sie auf eine Innenministerin, die vor wenigen Jahren genau dasselbe getan hat wie Sie, nämlich dem Parlament keine Antworten zu geben, zu verschleiern, zu vertuschen, von einer Affäre abzulenken – und das mit gutem politischen Grund.

Sie sind ja kein politischer Neuling. Sie kommen aus dem Kernland der illegalen Parteienfinanzierung. Sie kommen aus dem Kernland der politischen Spendenwäsche. Sie kommen aus dem Kernland der verschleuderten und verschobenen Wohnbauförderung …

Präsidentin Doris Bures: Herr Abgeordneter Dr. Pilz! Bitte, ich würde Sie ersuchen, sich zu mäßigen! Das sind strafrechtlich relevante Handlungen und Delikte, die Sie da vorwerfen. Ich würde Sie bitten, Ihren Redebeitrag sachlich fortzusetzen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz *(fortsetzend):* Frau Präsidentin! Ich weise auf eines hin: Das waren alles schwere politische Vorwürfe. Die Spendenwäscherei ist ein schwerer politischer Vorwurf. Aber ich habe niemals den Vorwurf der Geldwäsche erhoben. Das hat die Staatsanwaltschaft zu prüfen. Aber ich habe das Recht als Abgeordneter, dort, wo der Verdacht so klar ist, den Vorwurf der Spendenwäsche, der verdeckten Parteienfinanzierung und der Inseratenverschiebung zugunsten einer politischen Partei hier zu formulieren und auch zu begründen. *(Beifall bei den Grünen sowie des Abg. **Vavrik.**)*

Wer, wenn nicht der österreichische Nationalrat, kann das, wenn die Strafjustiz noch nicht zuständig ist, aufklären? Na, worum geht es? – Der Staatsanwaltschaft liegen Dokumente vor, dass die Firma Mediaselect über Mittelsmänner an einzelne Bundesministerien mit dem Ersuchen herangetreten ist, Inserate zu schalten. Wie ist das gemacht worden? – Über die Österreichische Volkspartei mit dem klaren Hinweis – und das geht jetzt aus den Gerichtsakten eindeutig hervor –: Wir brauchen die ÖVP als Türöffner.

Sie finden in den gesamten Protokollen, in den Aussagen und Geständnissen genau das. Der Direktor der ÖVP-Bundespartei und frühere Mediaselect-Geschäftsführer gibt am 18. September 2014 zu Protokoll – ich zitiere –:

„Wenn ich gefragt werde, warum die ÖVP Gutschriften erhält für Umsätze, die von den Ministerien geschaltet werden, so gebe ich an, dass die ÖVP als ‚Dooropener' fungierte und es uns ermöglicht hat, ein Angebot zu legen und hiefür ist die ÖVP honoriert worden. Es war so eine Art Vermittlungsprovision."

Warum, Herr Innenminister, wollen Sie uns diese ÖVP-Spenden- und Provisionswäsche nicht beschreiben? Warum geben Sie hier keine Antworten? Warum erklären Sie uns nicht, wie unter – zumindest – der Regie Ihrer Amtsvorgänger und -vorgängerinnen Steuergelder über Agenturen zur ÖVP geschleust worden sind? Das beschäftigt inzwischen die Staatsanwaltschaft.

Wenn die Staatsanwaltschaft das Recht hat, die Antworten zu erhalten, dann haben wohl wir als Abgeordnete auch dieses Recht. Das steht eindeutig in der Geschäftsordnung. Wenn Sie das Geschäftsordnungsgesetz in diesem Punkt nicht einhalten und uns hier keine Antworten geben, dann ist das eindeutig gegen das Gesetz und damit illegal. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich fordere Sie auf, Herr Innenminister, Ihr eindeutig dem Parlament gegenüber nicht legales Verhalten zu beenden. Wir haben ein Recht, zu erfahren, wie viel es ist.

Im Verteidigungsministerium über einen Zeitraum von zehn Jahren waren es 3,3 Millionen €. Das ist ein ganz schöner Schaden. Das Einzige, was wir aus dem Innenministerium wissen, ist, dass das Innenministerium viel, viel mehr Geld über diese Art und Weise zugunsten der Österreichischen Volkspartei ausgegeben hat.

Eines sollte Ihnen schon klar sein: Wir sind hier in Wien und nicht in St. Pölten. Sie können sich möglicherweise – das kann ich nicht beurteilen – so im Niederösterreichischen Landtag in St. Pölten aufführen, aber mit Sicherheit nicht im Nationalrat der Republik Österreich!

Wir alle werden Ihnen gemeinsam – und das ist inzwischen, soweit ich das beurteilen kann, ein selbstbewusstes Parlament – klarmachen, dass Sie auf diese Art und Weise keine schwarze Decke über die Spenden- und Inseratenwäsche zugunsten Ihrer Partei aus den Steuergeldern, die für das Innenministerium bestimmt waren, legen können. Wir werden Sie dazu bringen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und wenn wir es noch einmal und noch einmal hierher bringen, Herr Innenminister Sobotka, Sie werden diese Zahlen nennen müssen. Da gibt es keine Omertà, da gibt es keine Schweigemöglichkeit, da gehört alles auf den Tisch.

Dann werden wir Sie fragen: Wer hat das getan? Wer waren die Herren im Kabinett? Wer waren Ihre Parteibuchträger im Innenministerium, die diese Geldflüsse aus Ihrem Budget zur Österreichischen Volkspartei umgeleitet haben? – Wir werden fragen, und Sie werden uns beantworten, wer die Verantwortlichen sind. Wir werden Sie fragen, und Sie werden uns das früher oder später beantworten: Welche Minister waren persönlich involviert? Welche Parteivorstände waren persönlich involviert? Wer hat hier mitgetan? Und wer hat sich dafür zu verantworten?

Zum Schluss werden wir Ihnen noch eine Frage stellen, Ihnen und allen anderen Verantwortlichen in der Österreichischen Volkspartei: Wie werden Sie den Schaden wiedergutmachen?

Sie haben sich gegen jedes Gesetz und gegen jeden politischen Anstand das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler genommen und haben es zur Österreichischen Volkspartei umgeleitet. Wir wollen, dass die Österreichische Volkspartei dieses Geld zurückzahlt. Wir haben nicht zu viel, sondern zu wenig Geld im österreichischen Budget. Wir haben zu wenig Geld für Integration, wir haben zu wenig Geld für die Pflege, wir haben zu wenig Geld für Schulen, zu wenig Geld für Universitäten und, und, und.

Aber wenn es nach dem Innenminister und seinen Parteifreunden geht, dann gibt es nur einen Bereich, für den wir genug Geld haben: für Spendenwäsche und illegale Parteienfinanzierung. Und das beschäftigt nicht nur die Gerichte, sondern auch diesen Nationalrat, und …

Präsidentin Doris Bures: Herr Abgeordneter! Sie müssen zum Schluss kommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz *(fortsetzend):* … deshalb verlange ich von Ihnen im Namen dieses Hauses, diese Fragen zu beantworten. – Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen.)*

16.16